

der. Von dieser Gesundheitsreform, dem Prestigeprojekt der Kanzlerin, wird mutmaßlich nicht viel mehr bleiben als die Erinnerung an den Traum vom großen Wurf, der in der Realität auf ein Reförmchen geschrumpft wurde, das so klein, so kompliziert und so hässlich geriet, dass es sich als nicht lebensfähig erwies.

Vor wenigen Wochen hatten sich die Kontrahenten noch mit einem Formelkompromiss über die Runden gerettet. Die regionalen Belastungen, so einigten sich Bund und Länder nach zähen Verhandlungen, dürften den Betrag von 100 Millionen Euro nicht übersteigen. Mittlerweile jedoch steht fest, dass diese sogenannte

Konvergenzregel nicht praktikabel ist. Der Kompromiss sei „in der vorliegenden Form weder zielführend noch durchführbar“, befand das Bundesversicherungsamt, weil der Ausgleichsmechanismus einen bürokratischen Großaufwand erfordere. Die nun errechneten Milliardenbelastungen blieben also bei den betroffenen Bundesländern hängen.

Noch mag niemand den Reformtod offiziell eingestehen. Der Vorbote jedes Scheiterns aber, das Verschieben, hat begonnen.

Zunächst wollte Merkel am 1. Januar 2008 mit dem Fonds loslegen, daraus wurde nach ernststen Ermahnungen der Gesundheitsbürokratie die Jahresmitte 2008,

bevor der Blick auf den Wahlkalender fiel. In Hessen und Bayern kämpften im Frühjahr und Herbst zwei Unionsfürsten um die absolute Mehrheit. Also erzwangen Roland Koch und Edmund Stoiber die Verschiebung der Reform auf 2009.

Dies aber wäre das reguläre Wahljahr für Angela Merkel, die dann ihre so knapp errungene Kanzlerschaft verteidigen muss. Mit einer von den Experten einhellig abgelehnten Gesundheitsreform, die noch dazu im Wahlvolk allergische Abwehrreaktionen auslöst, kann die Regierungschefin nur schwer in die Schlacht ziehen, sagen auch ihre engsten Vertrauten.

„Es wird sicher lustig“

Mediziner demonstrierten gegen die Gesundheitsreform – allerdings nicht persönlich.

Wenn es darum geht, der Heilkunst zur gebotenen Anerkennung zu verhelfen, scheut Dr. med. Andreas Köhler weder Regen noch Kälte. Wenige Funktionäre des deutschen Gesundheitswesens sind in den vergangenen Monaten so eifrig auf die Straße gegangen wie der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV).

Ob bei der Großdemonstration am Brandenburger Tor oder beim Protesttag vor dem Gesundheitsministerium – Köhler ist stets in vorderster Reihe dabei, allzeit bereit, seinem Unmut über „Ärztinnennotstand“ und „Staatsdirigismus“ Ausdruck zu verleihen und der zuständigen Ministerin ein Plakat mit der Aufschrift „Ulla, welche Pillen schluckst du?“ vorhalten zu lassen.

Doch ach, der Elan von Köhlers Gefolgschaft droht zu erlahmen. Von den 120 000 Kassenärzten lassen sich immer weniger überreden, in aller Frühe einen Bus zu besteigen und zur Demo in die Hauptstadt zu reisen. Der KBV-Chef steckt in einem Dilemma. Seine berufliche Hauptaufgabe besteht ja eigentlich darin, die flächendeckende Versorgung notleidender Menschen sicherzustellen, und zwar auch an Protesttagen.

Zum Beispiel am vergangenen Donnerstag. Mal wieder hatte Köhler zur Kundgebung auf der Wiese vor dem Reichstag gebeten. Und diesmal dachte er sich etwas ganz Besonderes aus. Eine Menschenkette sollte Tausende weißer Arztkittel flattern lassen, ein Symbol für die „vielen Mediziner, die wegen der geplanten Gesundheitsreform ihren Job an den Nagel hängen werden“, so Köhler.

Tatsächlich scheint der Massensexodus von Kassenärzten längst in vollem Gange zu sein, wie Passanten schnell mutmaßen. Wen auch immer sie ansprachen: Kaum ein Protestler hatte medizinische Fachkenntnisse. Schon die teils sehr vernachlässigte Kleidung schien einer Doktorenveranstaltung eher unwürdig.

Tatsächlich wären viele Demonstranten beim Anlegen eines Stützverbands in arge Verlegenheit geraten. Es handelte sich fast durchweg um fachfremde Studenten und Arbeitslose, die sich da als lebende Kittelhaken verdingten. Arztfunktionär Köhler hatte die bunte Truppe als „Jammerperser“ über das Internet angeheuert.

Fachliche Qualifikationen waren dem Verbandschef dabei nicht so wichtig. „Es

sind keine bestimmten Anforderungen gestellt“, hieß es in der Ausschreibung bei der Stellenbörse „Jacktiger“, die auch Hostessenjobs für „Promotion, Event, Verkaufsförderung“ vermittelt. Man müsse nur die Geduld mitbringen, sich „eine Stunde lang als Menschenkette für eine Presse- und Fernsehaktion zu plazieren“.

Empörung über die Gesundheitspläne der Bundesregierung war ebenfalls nicht vonnöten. „Es gibt eine Pauschale von 30 Euro“, versprach die Stellenanzeige, und: „Es wird sicherlich sehr lustig und interessant.“

Und so kam es dann auch. Kaum waren die Fernsehkameras abgeschaltet, tauschte KBV-Chef Köhler seine bis dahin zur Schau gestellte Bittermiene gegen ein zufriedenes Lächeln und richtete ein herzliches Dankeschön an seine jungen Helfer. Die „längste Garderobe der Welt“, lobte er, sei ein sehr eindrucksvolles Zeichen für eine bessere Gesundheitsreform gewesen.

ALEXANDER NEUBACHER



PETER MEISSNER / ACTION PRESS



Ministerpräsident Stoiber*: „Keine Zustimmung der CSU“

Sie selbst versucht die Schwierigkeiten kleinzureden und sich dem Volk in diesen Tagen als standfeste Kanzlerin zu präsentieren. Zuletzt in der Talkshow von Reinhold Beckmann verteidigte sie den Fonds und schwor fast schon einen politischen Eid auf dessen Einführung: „Die Frage, ob wir den Fonds machen, ist eine Frage, wo ich sage: Den machen wir, der hat viele Vorteile, egal, was da jetzt geschrieben, was da gesagt wird.“

Dabei würde niemand diese politische Missgeburt vermissen. Versprochen, gebrochen: In diesem Fall könnte die Kanzlerin durch das Nichterfüllen der eigenen Ankündigung sogar Schaden vom Land abwehren.

Doch für Merkel, so glaubt sie zumindest selbst, bedeutet der Verzicht eine schwere Niederlage. Die Idee einer Einheitsprämie aller Versicherten, der Kopfpauschale, wurde schließlich in ihrem Reformlabor erdacht.

Ex-Bundespräsident Roman Herzog, obwohl gesundheitlich angeschlagen, gab der Reformkommission im Jahr 2003 seinen Namen. Er war bei vielen Sitzungen nicht anwesend, aber das war auch nicht nötig.

Ärzte-Demonstration (in Berlin)



Er wurde, so hatten es Merkel und ihr damaliger Generalsekretär Laurenz Meyer erdacht, vor allem als Aushängeschild gebraucht, mit dessen Hilfe die Reformidee in die CDU geschmuggelt werden sollte.

Die Operation Kopfpauschale gelang, der Leipziger CDU-Parteitag im Winter 2003 erhob Merksels Prämie zum nunmehr bedeutendsten Programmpunkt der Christdemokraten. Wenn die Gesundheitskosten entkoppelt würden, so lautet das Kalkül, könnte sich auch der Wettbewerb der Krankenkassen entfalten, weil sich Ausgaben und Einnahmen besser vergleichen ließen.

Die Idee schaffte es vom Oppositionsprogramm bis in die Regierungspolitik. Im Machtpoker mit der SPD wurde sie zwar mehrfach modifiziert und umbenannt. Am Ende verkündete die Große Koalition aber einen sogenannten Gesundheitsfonds, in den die Deutschen zwar nach wie vor je nach Einkommenshöhe ihre Beiträge einzahlen. Aber: Der Fonds errechnet aus den Milliardeneinnahmen eine Einheitsprämie, die dann an die Krankenkasse überwiesen wird. Merksels Idee hatte überlebt – wenn auch nur zur Hälfte.

Nun steht auch diese Hälfte wieder zur Disposition. Im Gebäude des ehemaligen Preußischen Herrenhauses, in dem normalerweise der Kammerton gepflegt wird und wo heute der Bundesrat zu Hause ist, prallten die Akteure, die über Monate an dem Kompromiss gefeilt hatten, am vergangenen Freitag nahezu unversöhnlich aufeinander.

SPD-Chef Kurt Beck warf den Unionsvertretern vor, sich „durch allgemeine Vorbehalte“ von den gemeinsamen Vereinbarungen zu verabschieden. Union und Sozialdemokraten sollten die beschlossenen Eckpunkte zur Reform nicht neu diskutie-

ren – „sonst stellen wir das Ganze in Frage“. Und im Übrigen: Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber sei bei allen entscheidenden Verhandlungen dabei gewesen. Nun stelle sein Land umfassende Änderungsanträge. „Ich weiß nicht, ob das Politik ist“, so Beck.

Stoiber fühlte sich zu einer Replik provoziert. Die unabsehbaren finanziellen Folgen für die Bundesländer seien die „Schlüsselfrage“ für deren Zustimmung. Ohne eine präzise Klärung dieser Frage werde es „keine Zustimmung der CSU weder im Bundestag noch im Bundesrat zu dieser Gesundheitsreform geben“. Auch Baden-Württemberg meldete massiven Widerstand an. Gesundheitsministerin Monika Stolz sagte, sie könne keiner Reform zustimmen, „wenn nicht einmal ansatzweise klar ist, welche Be- und Entlastungen damit verbunden sind“.



SPiegel-Titel 27/2006

Über hundert Änderungsanträge reichte die Länderkammer schließlich an die Bundesregierung weiter. Die muss sich bis zum 10. Januar erklären. Eine gute Woche später will dann bereits der Bundestag abschließend berate-

ten. Sein Votum geht erneut an den Bundesrat. Wenn der nicht zustimmt, bliebe nur noch ein Vermittlungsverfahren.

Spätestens dort werden die Draufzähler das Ganze vermutlich zu Fall bringen. Die CSU warnt die CDU, sich da keiner Illusion hinzugeben. Der geplante Gesundheitsfonds müsse vor dem Hintergrund der jüngsten Daten „neu überprüft werden“, verlangt CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer.

Sein Parteikollege Max Straubinger, sozialpolitischer Sprecher der christsozialen Parlamentarier, geht sogar noch weiter: „Wenn sich die Ergebnisse bestätigen, wäre es besser, den Fonds vorerst auf Eis zu legen“, sagt er. „Es kann nicht Aufgabe der Gesundheitsreform sein, einen neuen millionenschweren Finanztransfer in Deutschland auszulösen.“

Unionsfraktionschef Volker Kauder, dessen vornehmste Aufgabe es ist, die widerstreitenden Pole zu versöhnen, spürt den Stimmungsumschwung in der eigenen Truppe. „Das Gutachten muss jetzt vom Bundesgesundheitsministerium entkräftet werden“, sagt er. Und fügt hinzu: „Sonst wird es schwierig.“

SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach hat schon eine Idee, wie die Koalition den Kalamitäten schnellstmöglich entkommen könnte. Sein Vorschlag ist der Klassiker des Politikerbetriebs – das Verschieben. „So bekämen wir mehr Zeit“, sagt er listig, „um das Projekt ausreichend vorzubereiten.“ Gemeint ist: um es gemeinsam zu beerdigen.

RALF NEUKIRCH, MICHAEL SAUGA, GABOR STEINGART

* Mit seiner Ehefrau Karin bei der Feier seines 65. Geburtstags am 28. September in München.